

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin M 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Verlagsdruckerei Kurt Schöner Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe: Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 3 Mk.
sollen Musterbetriebe sein! (nebst 14 tägiger Beilage: „Die Sanitätskarte“)

Vom Nürnberger Gewerkschaftsfongress.

Nürnberg, 2. Juli 1919.

I. Rechenschaftsbericht der Generalkommission.

Der 10. deutsche Gewerkschaftsfongress hat am 30. Juni begonnen. Zwei Tage für Referate und Debatte und fast ein halber Tag für Abstimmungen und Geschäftsordnungsdebatten liegen hinter uns und man kann bereits klar erkennen, wie sich das Gesamtbild in der gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiterschaft zurzeit gestaltet. Es läßt sich nicht verkennen, die neue Zeit hat auch dem Gewerkschaftsfongress seinen Stempel in vieler Beziehung aufgedrückt. Die Delegiertenzahl ist gewaltig gewachsen. 611 Delegierte vertreten nahezu 5 Millionen Mitglieder. Aber auch die Zusammensetzung der Delegierten weist ganz wesentliche Verschiebungen auf. Da ist die neue Eisenbahner-Organisation mit 30 Delegierten (217 000 Mitglieder), die Fabrikarbeiter sind mit 55 Delegierten (108 000 Mitglieder) angewachsen. Unser Verband, die Gemeinde- u. Staatsarbeiter, hat 35 Delegierte (175 000) entsandt. Inzwischen ist bekanntlich unsere Mitgliederzahl auf nahezu 220 000 angewachsen. Damit sind wir in die Reihe der Großorganisationen eingetreten. Auch die Handlungsgeschillen haben von der Revolutionsskonjunktur gewaltig profitiert. Sie rücken mit 28 Delegierten

(138 000) an. Eine stattliche Anzahl weist ferner bereits der Landarbeiterverband mit 20 Delegierten (120 000) auf, obwohl hier wie bei allen vorstehenden Verbänden noch die Zahlen vom 31. März 1919 eingeleitet sind, die natürlich längst überholt wurden. Die Kleinorganisation der Metallarbeiter weist allein 118 Delegierte (1 218 300) auf, die auch das größte Kontingent für die Opposition stellen. Auffällig ist die geringe Zahl weiblicher Delegierter.

Von den zahlreichen ausländischen Vertretern aus Skandinavien, Holland, Oesterreich und Schweiz möchten wir nur unsern allverehrten Arbeiter-Patriarchen, den Begründer des Schweizer Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, nennen,

Hermann Greulich, der in herzerfrischender Weise den Kongress begrüßte, die Spaltung der deutschen Arbeiterschaft bedauerte, und mit dem wir schon am Empfangsabend einige alte Erinnerungen auffrischen konnten.

Die Reichsregierung ist nicht offiziell vertreten, da ein Teil ihrer Mitglieder (Bauer, Schmidt, Wissell) ohne weiteres als Delegierte gelten. Erschienen ist Robert Schmidt, während Ebert, Bauer, Schlicke und Wissell Begrüßungsgramme sandten. Schon bei der Wahl des Bureau kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen mit der „organisierten

„Opposition“, wie einer ihrer Redner sagte. Ihr Vorschlag für einen Mitwirkenden wurde gegen etwa 170 Stimmen abgelehnt und Legiea, Leipart und Reichelt zu Vorsitzenden gewählt. In der etwas langwierigen Geschäftsordnungsdebatte wird dann von Siebel festgestellt, daß die Opposition bereits am Sonntagabend eine Art Vorkonferenz hatte. Es wird aber ihrem Wunsche, im Bureau vertreten zu sein, durch Erhöhung der Schriftführer von 8 auf 11 (3 Opposit.) Rechnung getragen.

Nun folgt die Klut der Begrüßungsansprachen. Besonders die Rede unseres Kollegen Greulich-Zürich fand lebhaften Beifall. Vor 51 Jahren hat er bereits an dem 1. deutschen Arbeiterkongress in Nürnberg teilgenommen. Er setzt eindringlich auseinander, daß es noch lange der Gewerkschaftsorganisationen bedarf. Aber gegenseitige

Toleranz ist notwendig. Es ist unangehenlich, daß in diesem Moment die Sozialisten Deutschlands gewollt sind, und noch viel entscheidlicher wäre es, wenn die Gewerkschaften auseinander getrieben würden. Fremde, mögen die Gegenläufe noch so groß sein, halten an der Einheit der Gewerkschaftsorganisation fest; an diese darf nicht getastet werden. Wir werden noch jahrzehntelang die Gewerkschaften brauchen, auch wenn noch so viel verstaatlicht wird. Die Gewerkschaften müssen die Arbeiterschaft schulen, daß sie den Sozialismus erobern kann."

Nach den Begrüßungsreden wieder lange Geschäftsordnungsdebatten. Die Opposition verlangt trotz ihrer geringen Zahl, daß hinter jedem Redner ein Oppositionsredner folgen

Wir haben noch die Kraft!

Wir sind trotz schwerer dunkler Stunden ins hohe, klare Licht gestellt, und haben nichts so stark empfunden, und sind mit nichts so stark verbunden, als mit dem Traum vom Glück, der uns erhellt.

Wir wären längst, schon längst verborben in Schlamm und Mord, in Not und Wut, wenn nicht, was wir als Kind erworben, tief in uns ruhte, ungestorben: Die Kraft, noch Mensch zu sein und gut.

Die Kraft, noch Mensch zu sein mit starkem Willen, der eine Zeit erstrebt, die uns gehört, in der sich unsre Träume wunderbar erfüllen, Freude und Frieden unsre Sehnsucht stillen, und Liebe unerbittlich haßt, was sie zerstört.

Wir sind, trotz schreiender Unmenschlichkeiten, ins klare Zukunftslight gestellt: wir haben noch die Kraft, für Geist und Recht zu streiten, wir haben noch die Kraft, uns Glück und Frieden zu bereiten und Mensch zu sein in einer brüderlichen Welt!

Gans Graftmann.

müsse, obwohl doch auch unter den ersteren so mancher ist, der sich nicht mit allen Handlungen, Beschlüssen und Auslassungen der Generalkommission einverstanden erklären kann. Dafür wird auf Vorschlag Leiperts der Opposition ein Korreferent eingeräumt mit gleicher Redezeit wie Legien. Zur Mandatprüfung ist auch Kollege Becker-Mannheim gewählt.

Es wurden auch für die Rätefrage sowie zur Sozialisierung Korreferenten von der Opposition bestimmt. Damit ist eine geordnete gegenseitige Aussprache auf weitgehendste ermöglicht und Legien kann endlich seinen Redeschäftsbericht geben. Eindringlich setzt er in seiner Einleitung auseinander, daß alle Maßnahmen der Generalkommission sich leiten lassen von dem Gedanken, im Interesse der Arbeiterschaft zu handeln. Nur wer sich von parteipolitischen Gesichtspunkten leiten läßt, könne zu einer Beurteilung dieser Maßnahmen kommen. Legien wendet sich scharf gegen den neuen Moskelerlaß, der mittlerweile zurückgenommen wurde. In der ersten Kriegszeit war fast die ganze Arbeiterschaft Deutschlands, ja aller kriegführenden Länder, für die Landesverteidigung. Redner setzt diesen Standpunkt eingehend auseinander. Dann wendet sich Legien zum Parteistreit. „Tamt haben wir uns erst beschäftigt, als der Streit in die Gewerkschaften hineingetragen worden ist. Da leisteten wir Widerstand. Wir wandten uns dagegen, die gewerkschaftliche Organisation in den Dienst der Parteiopposition zu stellen. Man hat alte verdiente Gewerkschaftler gemahregelt und an ihre Stelle unabhängige Sozialdemokraten gestellt. Es ist das traurigste Kapitel unserer gewerkschaftlichen Organisation, diese Mahregelung von Gewerkschaftsbeamten. Wenn früher der Unternehmer jemand mahregelte wegen seiner politischen Ueberzeugung, dann stand die ganze Arbeiterschaft hinter dem Gemahregelten. Wir müssen uns schämen, daß es Arbeiter gibt, die andere Arbeiter mahregeln. Wir müssen uns schämen, daß Zehntausende unserer Mitglieder diesen Mahregelungen zustimmen! Das geschieht, nachdem durch die Revolution das Recht der freien Meinungsäußerung gesichert ist. Wenn ein Unternehmer einen Arbeiter mahregelte, tat er das nicht von dem Gesichtspunkte aus: Nach Maß, daß ich mich sehe. Diese Genossen wurden nicht entlassen, weil sie ihre Pflicht nicht erfüllten, sondern weil ihre politische Gesinnung nicht paßte.“

Legien ging dann auf einzelne Resolutionen von Verhandlungen usw. ein, die sich gegen die Haltung der Generalkommission wenden und betont erneut, daß diese Angriffe sich nicht von gewerkschaftlich-wirtschaftlichen, sondern von parteipolitischen Gesichtspunkten leiten lassen. Gegen alle Zersplitterungsversuche in den Gewerkschaften muß angeämpft werden. „Wie auch das Urteil ausfallen mag, das Bewußtsein können Sie uns nicht nehmen, immer alles getan zu haben im Interesse der deutschen Arbeiterschaft und der Einheit der deutschen Gewerkschaften.“

Den mit stürmlichem Beifall aufgenommenen 1 1/2 stündigen Ausführungen Legiens folgte das reichlich 1 1/2 stündige Referat des Oppositionsredners Dismann-Frankfurt a. M. Er will den Geist der Generalkommission kritisch unter die Lupe nehmen, nicht die Handlungen oder die Verwaltungsarbeit. Redner geht dann ausführlich vom Parteistandpunkt der U. S. P. D. auf die Haltung der Generalkommission ein. Er zitiert eine Reihe von Artikeln im „Correspondenzblatt“. Kurz vor Ausbruch des Krieges urteilte das „Correspondenzblatt“ noch anders über die Kriegsbekehrer. Der 4. August brachte die Wandlung; der Klassenkampf wurde eingestellt, die Regierung hatte keinen treueren Bundesgenossen an der Seite, als die Gewerkschaften. Auch in der belgischen Frage ist das „Correspondenzblatt“ umgefallen. In demselben Augenblick, als die Generalkommission dem deutschen Volke das Durchhalten predigte, waren andere am Werk, dem deutschen Volke das Heiß über die Ohren zu ziehen. Der Lebensmittelwucher kam zur höchsten Blüte. Die Politik der Generalkommission ist mit Schuld an dem Elend, in dem das deutsche Volk heute ist. Wenn von Parteipaltung gesprochen wird, wer trägt dann die Schuld

daran? Glauben Sie, mit der Ueberzeugung Andersdenkender Schindluder treiben zu können? Die Haltung der Gewerkschaften gab der Regierung die Stütze zu ihrer Politik. Auf dem Proletariat ruhten nur Lasten und Opfer, von Rechten war keine Spur. Dismann erörterte auch den neuesten Streikerlaß Noskes und kommt zu folgendem Ergebnis: „Wir beurteilen die Kriegspolitik der Gewerkschaften entschieden. Die Kriegspolitik hat ihre folgerichtige Fortsetzung auch nach der Revolution erfahren. Wir verspüren auch jetzt keinen revolutionären Geist in der Generalkommission. Wir verlangen auch nach dem Kriege eine andere Politik der Generalkommission, die Politik, die getragen ist von dem Gedanken, daß die Gewerkschaften ein revolutionäres Instrument des Proletariats sind. Die Schuld an den jetzigen Zuständen haben diejenigen, die Deutschland in den Krieg hineingeführt haben, und nicht die Arbeiterschaft. Wenn Sie heute hier der Generalkommission ein Vertrauensvotum erteilen, dann sagen wir von der Opposition, die Generalkommission hat durch ihre Handlungen unser Vertrauen verloren. Wir weisen zurück, wenn Sie sagen, daß die Gewerkschaften zersplittern wollten. Ich erkläre, wir von der Opposition stehen zu lange in der Gewerkschaftsbewegung, als daß wir auch nur den Gedanken haben könnten, die Gewerkschaften zu zerreißen. Wir bleiben in den Gewerkschaften, wir werden es in den Gewerkschaften dahin bringen, daß an Stelle des bürokratischen, verkücherten Geistes der alt-revolutionäre Geist kommt. Das werden wir durchführen mit Hilfe der Masse der Arbeiter.“

Der 2. Verhandlungstag brachte zunächst den Bericht der Mandatprüfungskommission, den Fraasch-Berlin (Landarbeiter) erstattet. An Stelle unseres Kollegen Gass-Halle ist Sessel-Leipzig eingerückt, weil hier ein Irrtum bei der Auszählung vorlag. Im übrigen werden die Mandate nicht beanstandet. Nun setzt wieder eine Geschäftsordnungsdebatte ein über den gestern bereits abgelehnten Antrag Dismann, je einen Redner für und gegen sprechen zu lassen. Der Antrag wird erneut abgelehnt, zumal sich ja am Tage vorher die Opposition mit der Vereinbarung einverstanden erklärt hatte, dafür einen Korreferenten zu stellen. Dann bricht die Bejahnungs-Redezeit herein. Es sind bereits 40 Redner beim ersten Ansturm aufs Bureau eingezeichnet. Vorher begründet Drey-Hannover einen Antrag der Vorstandskommission gegen den Streikerlaß Noskes, ebenso Schulz (Opposition) einen ähnlichen schärferen Antrag. Nach einigen weiteren Antragsbegründungen beginnt Schauer-Stettin die eigentliche Debatte mit einer wirksamen Verdeilung der Maßnahmen der Generalkommission, Lang-Berlin (Opposition) verurteilt die Mahregelungen von Gewerkschaftsbeamten mit örtlichen Vorgängen in Leipzig zu erklären, wonach Gewerkschaftsbeamte Denunziationen gewesen sein sollen. Nachdem auch Siegle-Berlin (Holzarbeiter) im Sinne der Opposition gebrochen, verteidigt Umbreit die Haltung des „Correspondenzblattes“. Dabei verweist er auch auf die überpatriotische Haltung des alten „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ während der ersten Kriegsmomente. Aus der wirkungsvollen Rede Nob. Schmidts mag noch folgendes herausgegriffen werden: „Niemand ist an den Parteivorstand oder an die Generalkommission herangetreten mit dem Vorschlag einer tatkräftigen Handlung. Dieselben Leute, die damals Hurra schrien, schlagen heute bei Lebensmittelkrawallen die Fenster ein. Wenn die Internationale uns die Verteidigung des Landes zugibt, dann ist unser Schild rein. Wir haben unsere Pflicht erfüllt der deutschen Arbeiterschaft und auch der Internationale gegenüber.“

Aus der Nachmittagsdebatte des zweiten Tages mag noch die Erklärung Brunners (Eisenbahner) Erwähnung finden, daß der Streik der Eisenbahner von ihrer Organisation nicht aufgehoben wird und der Erlaß Noskes sich gegen wilde Streiks richtet. Gasson vom „Correspondenzblatt“ begründet die weiter unten abgedruckte Resolution Caepelen für Neutralität der Gewerkschaften im Sinne des Klassenkampfes. Das Schlüsselwort Dismanns ergibt keine neuen wesentlichen Momente, während Legien sehr ausführlich auf Dismanns Referat antwortet und unter allgemeiner Aufmerksamkeit einen

Brief Dismanns verliert, worin klar zum Ausdruck kommt, daß es letzterem weniger um die Gewerkschaftsinteressen, als um die Interessen der U. S. V. D. zu tun ist. Er schließt: „Nach den Einwürfen gegen die Generalkommission haben wir das Recht, zu verlangen, daß der Kongreß der Generalkommission sein Vertrauen ausspricht. Dieser Vertrauensausdruck wird uns den Weg in der Gewerkschaftsbewegung frei gestalten und uns über die Schwierigkeiten, die wir gegenwärtig haben, hinweghelfen. Sprechen Sie der Generalkommission Ihr Vertrauen aus!“

Wir haben vorstehend ein arg zusammengedrängtes Bild der ersten beiden Kongreßtage gegeben. Wir hoffen, daß alle unsere Leser sich aus der Tagespresse dieses Bild entsprechend vervollständigend, damit sie von dieser lehrreichen, eminent wichtigen Tagung etwas gewinnen.

Der dritte Tag beginnt mit der Abstimmung über die Resolutionen zum Rechenschaftsbericht. Entscheidend für die Faltung des Kongresses war die Resolution **G i e b e l**. Sie lautet: „Der X. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands stellt nach Entgegennahme des Berichts der Generalkommission über ihre Tätigkeit während der verflochtenen Geschäftsperiode fest, daß die Generalkommission bestrebt war, im Rahmen ihrer Aufgaben die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterklasse wahrzunehmen und zu fördern. Der Kongreß weist deshalb die in der Öffentlichkeit gegen die Generalkommission erhobenen Anklagen, sie habe die Arbeiterklasse im Interesse verraten, entschieden zurück. Unter voller Würdigung der Tatsache, daß Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßige Lösung der einzelnen an die Gewerkschaften heranretenden Fragen bestehen können, spricht der Kongreß der Generalkommission sein Vertrauen aus.“

Diese Resolution wird mit 445 gegen 179 Stimmen angenommen (bei 3 Enthaltungen). Von unserer Delegation stimmten 7 Kollegen dagegen.

Weiter wird mit großer Mehrheit die folgende Resolution der Verbandsvorstände angenommen:

„Der Reichswehrminister hat am 26. Juni angeichts des drohenden Eisenbahnerstreiks eine Verordnung erlassen, die einem Teile der Eisenbahner bis auf weiteres das Streikrecht entzieht.“

Der X. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erkennt an, daß ein Streik der deutschen Eisenbahner gegenwärtig unserem daniederliegenden Wirtschaftsleben unermesslichen Schaden zufügen und die Leiden der Arbeiterklasse durch Herbeiführung der allgemeinen Herrichtung verschärfen würde. Der Kongreß lehnt ebenso wie die zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner jede Gemeinsschaft mit den bereits ausgebrochenen, von unverantwortlichen Kreisen hervorgerufenen wilden Streiks ab.

Widrigwärtig erhebt der Gewerkschaftskongreß Einspruch gegen jede, auch nur vorübergehende Weisung des Streikrechts der Eisenbahner, das allen Arbeitern und Angestellten Deutschlands als Errungenschaft der Revolution zuteil. Die vorliegende Verordnung ist zudem ungewiss, weil Streik nicht durch Verbote, sondern nur im Wege der Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer zu verhindern sind.

An die Eisenbahner und auch an die gesamte Arbeiterschaft richtet der Gewerkschaftskongreß den dringenden Appell, ihre Interessen nur im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und in Anbetracht der trostlosen Lage Deutschlands und seiner Arbeiterklasse wilde Streiks zu unterlassen.“

Eine längere Geschäftsordnungsdebatte erhebt sich wieder über den Antrag **E r n s t**, der schließlich in nachfolgender Fassung angenommen wird:

„Der X. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands protestiert gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes im Industriegebiet. Nachdem seit Wochen jeder größere Streik aufgehört hat, nachdem vollständige Ruhe herrscht, ist auch jeder Einigungsgrund gefallen, den Ausnahmezustand im Industriebezirk zu erhalten. Hunderte von gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschmachten auf Grund dieses Ausnahmezustandes hinter Kerkermauern. Der X. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands fordert deshalb sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und Damentlassung der wegen Streikvergehens verurteilten oder in Schubhaft genommenen Gewerkschaftsmitglieder und spricht die Erwartung aus, daß in Zukunft derartige Gewaltmaßnahmen unterbleiben.“

Gegen 2 Stimmen (bei einigen Stimmenthaltungen) wird folgende hochbedeutende Resolution **B a e p l o w** angenommen:

„Der X. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erklärt, daß die Gewerkschaften die Arbeitnehmer unbeschadet der politischen

oder religiösen Ueberzeugung des einzelnen zu einheitlicher und geschlossener Aktion zwecks Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen vereinigen müssen.“

Das Mannheimer Abkommen mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom Jahre 1906, das eine Verständigung der beiden Zentralleitungen bei wichtigen, die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse betreffenden Fragen verlangt, hatte den Zweck, diese Aktionkraft der Arbeiterschaft durch Vermeidung von Differenzen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung zu erhöhen. Die politische Neutralität der Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern wurde davon nicht berührt.

Aber dieses Abkommen hatte eine einheitliche politische Interessenvertretung der deutschen Arbeiter zur Voraussetzung. Diese Voraussetzung ist nicht mehr vorhanden. Die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei gefährdet auch die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften. Der Gewerkschaftskongreß sieht sich daher genötigt, die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien auszusprechen. Die politischen Meinungskämpfe der Arbeiter dürfen die Stützpunkt ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung, der Gewerkschaften, nicht schwächen.

Die Gewerkschaften dürfen sich jedoch nicht auf die enge berufliche Interessenvertretung ihrer Mitglieder beschränken, sie müssen vielmehr zum Brennpunkt der Klassenbestrebungen des Proletariats werden, um den Kampf für den Sozialismus zum Siege führen zu helfen.“

Damit hat der Gewerkschaftskongreß eine neue Richtschnur aufgestellt, die hoffentlich der wachsenden Verwirrung entgegenarbeitet. Wenn nach dieser Neutralitätserklärung der gute Wille auf beiden Seiten gezeigt wird, läßt sich die Zerspaltung der deutschen Gewerkschaften nicht nur vermeiden, sondern wir kommen auch in den Großstädten wieder zu gedeihlichem Zusammenarbeiten auf wirtschaftlicher Basis. Nichts tut uns mehr not als diese Wiederverständigung, und wenn nicht alles trägt, so hat dieser Gewerkschaftskongreß uns damit den Weg gezeigt, aus dem unglücklichen Zwiespalt herauszukommen, in den wir nun auch schon in den Gewerkschaften geraten werden.

Woge der Fortgang der Tagung vom gleichen Geiste der Verständigung und Weitsichtigkeit beherrscht sein!

Telegramm für die „Gewerkschaft“. Kärnberg, 5. Juli 1919.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurden die Anträge der Gemeindegewerkschaften, Eisenbahner und Bergarbeiter für Anerkennung ihrer Betriebsorganisation auf Freitagen einer Kommission überwiesen, die sich gleichzeitig mit den sonstigen vorliegenden Abänderungsanträgen zum Bundesstatut zu beschäftigen hatte. Diese aus circa 15 Mitgliedern zusammengesetzte Kommission wählte eine fünfköpfige Arbeitskommission, in die auch Kollege **W u h l** gewählt wurde.

Die Kommission kam zu folgendem Kompromißvorschlag, der am Sonnabend vom Gesamtkongreß gegen ganz wenige Stimmen angenommen wurde:

„Die Kommission hält die Aenderung der Satzungen hinsichtlich der Organisationsform nicht für notwendig. Sie erklärt aber, daß die davon abweichenden organisatorischen Eigenheiten von Organisationen, die bisher der Generalkommission angeschlossen waren, anerkannt werden.“

Damit wurden die Anträge der Gemeindegewerkschaften, Bergarbeiter usw. für erledigt erklärt.

Nach mehr denn 12jährigem Kampfe ist nun endlich auch für uns Gemeindegewerkschaften ein Rechtsboden geschaffen. Die Eigenheiten unserer Betriebsorganisation werden also vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund anerkannt.

Das Wahleresultat zum Vorstand des Bundes (bisher Generalkommission) lautet: Erster Vorsitzender **Karl Legien**; Stellvertreter **G r a h m a n n** (Buchdrucker); ferner **Cohen** (Metallarbeiter); **Kassierer Kube** (Zimmerer); **Redakteur Umbreit** (Polzarbeiter); besoldete Sekretäre sind: **Knoll** (Steinseher) und **Löffler** (Bergarbeiter). Unbesoldete Beisitzer sind **Bader** (Brauereiarbeiter), **Brunner** (Eisenbahner), **Bruns** (Fabrikarbeiter), **Giebel** (Kaufmannsgehilfe), **Sabat** (Schneider), **Sassenbach** (Zattler), **Schmidt** (Landarbeiter) und **Silber** (Schmied). Davon sind **Löffler**, **Bader** und **Brunner** Anhänger der Betriebsorganisation. Außerdem erhielt unser Kollege **S e d m a n n** 46 Stimmen. **Dittmer**.

Mietsteuerung und Wohnungsnot.

Wohl nichts ist imstunde, das Wesen unserer kapitalistischen Wirtschaft greller zu beleuchten, als unsere gegenwärtige Wohnungsnot. Seit Jahren müssen in Deutschland hunderttausende Familien in menschenunwürdigen Löchern hausen und Tausende können überhaupt keine Wohnung finden. Schon jetzt wird der Bedarf an neuen Wohnungen im Deutschen Reich von Fachleuten auf eine Million geschätzt, und der Bedarf ist zur Zeit noch ständig im Wachsen.

Für die Hausbesitzer bedeutet ein solcher Zustand Hochkonjunktur. Auf Grund der Tatsache, daß in der kapitalistischen Gesellschaft Wohnungen eine Ware sind, deren Preis sich nach Angebot und Nachfrage richtet, steigern sie die Mieten allenthalben. Raum hat sich der Mieter mit einer neuen Mietsteigerung abgefunden, ist der Hausbesitzer schon wieder mit einer neuen Forderung da. Und stets weiß er seine Forderungen glänzend zu begründen — vorausgesetzt, daß er diese Mühe überhaupt für notwendig hält. Die Steigerung der Reparaturkosten, der Materialpreise und der Arbeitslöhne muß auch dann zur Begründung dienen, wenn sich der Hausbesitzer um die Ausführung von Reparaturen unter allen möglichen Ausreden zu drücken weiß. Als weitere Gründe dienen die Erhöhung der Hypothekenzinsen, die Steigerung der Verwaltungskosten, die Entwertung des Geldes und — in Häusern mit Heizanlagen — ganz besonders die Steigerung der Kohlenpreise.

Es ist nicht zu bestreiten, daß in vielen Fällen einzelne dieser Gründe stichhaltig sind und daß häufig die Erhöhung der Mieten berechtigt ist, wenn man den Hausbesitzern nicht überhaupt die Existenzberechtigung absprechen und ihr Eigentum konfiszieren will. Auch Genossenschaften müssen heute, wenn sie ihre Wohnungen in Ordnung halten und ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Geldgebern erfüllen wollen, die Mietpreise erhöhen, und der Staat oder die Gemeinden müßten, wenn sie alle Wohnungen übernehmen wollten, das gleiche tun, sofern sie nicht die Differenz zwischen Mieteinnahmen und Unterhaltskosten aus öffentlichen Mitteln decken wollten. Aber bei den Mietforderungen der meisten Hausbesitzer handelt es sich nicht nur um einen Anspruch für die gesteigerten Unterhaltskosten; ihr Ziel ist vielmehr die allgemeine Auftreibung der Mieten, die gleichbedeutend ist mit einer Überbewertung ihres Grundbesitzes und einer dauernden Steigerung ihrer Grundrente. Dazu soll ihnen die Wohnungsnot ebenso dienen, wie den ländlichen Grundbesitzern während des Krieges die Rohwarenmittel des deutschen Volkes zur Erhöhung der Lebensmittelpreise und zur Steigerung der ländlichen Grundrente dienen mußte. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß bei der Fortdauer der jetzigen Wohnungsnot die Mieten ins Unerträgliche steigen werden. Wenn den Hausbesitzern nicht die Mieteinigungsämter und andere Körperschaften bei der Verfolgung ihrer selbstsüchtigen Ziele im Wege stünden,

hätten wir es heute schon nicht mehr um Mietsteigerungen von durchschnittlich 15 bis 30 Prozent zu tun, sondern längst um solche von 100 und mehr Prozent. Auf die Dauer werden aber bei der Fortdauer und Steigerung der jetzigen Wohnungsnot auch die Mieteinigungsämter und Mieteinigungsämter die weitere Steigerung der Mietpreise nicht verhindern können.

Müßte nun die heutige Wohnungsnot überhaupt entstehen? Und warum geschieht nichts oder nicht genug, um sie zu beseitigen und durch einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt den Mietsteigerungen entgegenzuwirken?

Die Wohnungsnot mußte in der kapitalistischen Gesellschaft unter den obwaltenden Umständen entstehen. Nach Ausbruch des Krieges wurde die Wohnungsbautätigkeit fast überall in Deutschland so gut wie ganz stillgelegt. Warum? Einfach deshalb, weil der Pau von Wohnungen nicht mehr profitabel war. Infolge der Auflösung vieler Haushalte standen damals viele Wohnungen leer, und soweit die Hausbesitzer ihre Wohnungen vermietet hatten, sahen sie sich in vielen Fällen zur Gewährung von Mietnachlässen gezwungen. Unter diesen Umständen hörte die Vermietung von Wohnungen auf, ein profitables Geschäft zu sein, und damit hörte auch die Möglichkeit der Profitgewinnung beim Wohnungsbau und der Anreiz zum Wohnungsbau auf. Er hörte um so mehr auf, als damals die Kapitalisten Gelegenheit hatten, ihre Kapitalien in der Kriegsindustrie auf Kosten des Reiches mit Riesengewinnen „arbeiten“ zu lassen. Damals herrschte noch kein Mangel an Baumaterialien und auch kein Mangel an Arbeitskräften; im Gegenteil, damals fielen noch hunderttausende Arbeiter des Baugewerbes, der Kunststoffindustrie und der Paunebengewerbe als Arbeitslose der öffentlichen Unterstützung zur Last. Da Deutschland in normalen Zeiten für seinen Bevölkerungszuwachs alljährlich mehr als 200 000 neue Wohnungen brauchte — abgesehen von dem Ersatz für den Abgang alter Wohnungen — so war schon damals bei Kriegsende eine Wohnungsnot als Folge der Stilllegung der Wohnungsbautätigkeit vorauszusagen. Aber damals wurde nicht getan, weil das Profitinteresse der Kapitalisten dies verhinderte, und später konnten keine Wohnungen mehr gebaut werden, weil man die noch vorhandenen Baumaterialien und Arbeitskräfte zur Herstellung der Kriegsbauten brauchte.

Und warum werden heute, warum werden seit Beendigung des Krieges keine Wohnungen gebaut? Seit der Demobilisierung der Armee fallen wieder zehntausende von Bauarbeitern, die gerne arbeiten möchten, als Arbeitslose der öffentlichen Unterstützung zur Last. Warum werden sie nicht zum Nutzen der ganzen Mieterschaft, die doch den weitaus größten Teil unseres Volkes ausmacht, in Tätigkeit gesetzt?

Zum Teil ist das auf die Kunststoffknappheit zurückzuführen, an der jene Arbeiter nicht unschuldig sind, die die Kohlenförderung sabotiert und damit das Freimen von Holz und Blei un-

Nürnberger Brief vom Gewerkschaftstongreß.

Nürnberg, den 4. Juli 1919.

Lieber Leser! Unterm Strich läßt sich manches sagen, was man sonst verheimlicht oder doch nur andeuten kann. Das „Reinmensliche“ wohnt in jedes Sterblichen Brust, und wenn er auch in der Öffentlichkeit nicht gerade damit prunken kann, es verlohnt sich doch hin und wieder eine „Gutbedungsfahrt“ auf diesem Gebiet.

Nachdem Du nun hoffentlich die nötige „Spannung“ zum Lesen aufgebracht (der wohl leider die „Enttäuschung“ auf dem Fuße folgt, weil ich Dir noch nicht offenherzig genug zu sagen weiß, was den Menschen an kleineren Tagesschmerzen auch hier in Nürnberg peinigt), muß ich jetzt endlich beginnen.

Also zunächst etwas vom Grobmateriellen, dem Essen. Ach, wo sind die Zeiten hin, da man in den bayrischen Gefilden sich an Riesen-Speckknödeln labte! Zwar steht hin und wieder noch der Knödel auf der Speisefarte, aber es fehlt der Kern, oder richtiger der Speck. Er ist durch Brotkruste „imitiert“. Na, und so ähnlich ist's mit vielem. Die Kartoffel hat nie viel bedeutet im Speisetat der bayerischen Bevölkerung, aber jetzt muß Du geradezu Jagd darauf machen, wenn Du sie haben willst in den Wirtschaftshäusern. Dafür gibt's immerhin noch ziemlich Fleisch und die beinahe friedensmäßigen „Mordern“. Wenn man sich die Anzahl der „Schwarzschlachtungen“ überhaupt klar machen will, die in den bayrischen Gefilden genau wie bei uns gang und gäbe sind, braucht man nur, wie so ein ausgehungertes Delegierter, 2- bis 3mal „zu Mittag essen“, und abends auch noch zweimal, das heißt, wenn's Geld reicht, denn die allerhöchsten Diäten kommen nicht heran, an den Ausgabebetrag eines Kon-

greßlers. Die Warmwasserbrühe, genannt „Kaffee“, kostet 80 Pf. bis 1 Mk., der „echte Wokka“ gleich 2 Mk. 50 Pf., und wer gar glauben sollte, im Land der Franken sei der Wein gut geraten, weil das schon vor 100 Jahren Viktor Schffel behauptet, der muß die schwere Enttäuschung büßen mit 3,50 bis 4,50 Mk. pro ¼ Liter fast kräftigen Weins, den man beinahe mit Frankfurter „Appelwei“ verwechseln könnte.

Doch, lieber Leser, ich will Dir nicht etwa Nürnberg vermiecheln. Schon um deswillen nicht, weil in wenig Wochen mehrere Hundert unserer Kollegen von ganz Deutschland gleichfalls hier ihr Domizil aufschlagen, um am Verbandstag teilzunehmen. Und wenn diese Delegierten so ein „himmlisches“ Bett erwischen wie ich, mit allen Schikanen moderner Hoteltechnik, so jöhnen sie sich schon aus diesem Grunde mit vielem aus.

Aber es gibt noch etwas Stärkeres, das den ästhetisch empfindenden Menschen die Unbilden unserer Zeit hier zeitweilig vergessen macht: Das ist das wunderbare Stadtbild, an dem Du immer wieder Deine Freude haben kannst. Ob Du durchs Tor zur Königstraße pilgerst, oder an den romantisch-mittelalterlichen Regnitzufer von irgendeiner alten Brücke aus über vergangene Zeiten träumst, ob Du auf dem jezt leider mit Drahverhauen ungebundenen Burghof stehst und in den tiefen Brunnen schaust, ob Du die herrlichen Kirchen und reizenden Brunnen bewunderst, ob Du die Erker und Giebel der alten und neueren Gebäude auf Dich einwirken läßt, oder am Wallgraben die festen roten Türme als Wahrzeichen einstiger Stärke anschaut, es ist noch die gute, alte, liebe Stadt Nürnberg, und es fehlt nur der Hans Sachs, um uns auch heute noch eine Vorstellung zu geben von der schönen Seite

Staatsarbeiter

Regensburg. Am 22. Juni fand in Plattling die erste Zentralarbeiterversammlung für die Straßen- und Flugbauarbeiter im Bauamt Regensburg statt. Von 10 Stationen waren 9 der Einladung gefolgt, mit insgesamt 120 Kollegen. Kollege Sedlacher-München sprach über: „Die kommenden Tarifverhandlungen im Ministerium und wie kann die wirtschaftliche Lage der Flugbauarbeiter verbessert werden.“ Als Haupterfolg der Revolution gilt der Achtunderttag und die 44 stündige Arbeitswoche. Sodann kam der wirtschaftliche Vorteil des Tarifes zur Sprache. Gewährung von Urlaub mit vollem Lohnentgelt je nach den geleisteten Arbeitstagen. Bei Erwerbsunfähigkeit nach einjähriger Dienstzeit wird der Lohn auf die Dauer von 28 Wochen weiterbezahlt. Bei fünfjähriger Dienstzeit ist der Arbeiter ruhelohnberechtigt. Der Ruhelohn beträgt in 5 Jahren 31%, Proz., bei 10 bis 20 Jahren 53% Proz. und bei 30 Jahren 80 Proz. der Lohnklasse, der der Arbeiter angehört. Beim Bauamt in Regensburg ist ein Offiziant namens Meier. Dieser äußerte: „Der Tarifvertrag sei in vorliegender Form nicht anzunehmen.“ Dieser Meier scheint das Haupt des Amtes zu sein. Bekannt ist er als Arbeitergegner. Die Kollegen werden aber fest zusammenstehen, um ihre gerechten Forderungen durchzusetzen. Sedlacher ermahnte die Kollegen zur kräftigen Agitation. Die Flugbauarbeiter werden nicht mehr so flehentlich behandelt werden, wenn Geschlossenheit in ihren Reihen herrscht. Ein Antrag Mainz-Regensburg: Erhellung einer Kommission zur Erlangung der Zuweisung der Schwerearbeiterzulage bei der Demobilisierungsstelle Südbayern, München, wurde der Filialleitung Regensburg überwiesen, die ein dementsprechendes Gesuch umgehend an die erwähnte Stelle leiten soll. Kollege Kofner-Regensburg forderte die erschienenen Kollegen auf, dafür zu sorgen, daß in keiner Station Kollegen sich befinden, die nicht organisiert sind in dem Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband. Die Versammlung beschloß bis zum Herbst eine zweite Zentralarbeiterversammlung am gleichen Ort abzuhalten.

Glogau. In der Versammlung der Vertrauensmänner am 21. Juni und in der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 22. Juni 1919 referierte Gauleiter Heinze-Wreslau über die Notwendigkeit der Anstellung eines Ortsbeamten. In geheimer Wahl fielen sämtliche abgegebenen Stimmen der Mitglieder auf den bisherigen 1. Vorsitzenden Kudat, der somit sein Amt als Ortsbeamter am 1. Juli antreten sollte. — Die Postausarbeiter von Glogau, die eine Sektion im Verbands bilden, reichten am 18. Juni ihre Forderungen beim Postamt ein. Die Entlohnung war bisher miserabel. Vom 1. Juni ab sollte der Tagelohn für verheiratete Hilfskräfte 9,20 Mk., für verheiratete weibliche 8 Mk., für unverheiratete Hilfskräfte 8,50 Mk., für unverheiratete weibliche 7,20 Mk. betragen. Außerdem wurden Ferien beansprucht: für über 1/2 Jahr Beschäftigte 7 Tage, für über 1 Jahr Beschäftigte 14 Tage unter Fortzahlung des Lohnes. Auch die Militärfälle sollten hinsichtlich der Entlohnung und Ferien angerechnet werden. Bei der ersten Besprechung mit dem Postdirektor Giese war der Erfolg negativ. In der bald darauf einberufenen zweiten Ver-

sprechung, an der nur das Personal und die direkten Vorgesetzten teilnahmen, einigte man sich auf folgende Lohnsätze: für männliche Verheiratete 8 Mk., für männliche Unverheiratete 7,50 Mk., für weibliche Verheiratete 7 Mk., Unverheiratete 5,50 Mk. pro Tag. Diese Forderung ist nunmehr der Oberpostdirektion in Regensburg eingereicht. Diese so bescheidenen Forderungen der Postausarbeiter werden nun wohl auch von der Postbehörde anerkannt werden können. — Am 16. Juni beschloßen die in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter infolge der Forderung in eine Lohnbewegung einzutreten und stellten folgende Tarifsätze auf: an männliche Arbeiter über 18 Jahre 1,40 Mk., unter 18 Jahren 1,30 Mk. pro Stunde; an weibliche Arbeiter über 18 Jahre 1,50 Mk., unter 18 Jahren 1,20 Mk. pro Stunde. Zum 28. Juni wurde Kollege Kudat zu einer Tarifsituation nach der Kommandantur eingeladen, an der auch die Vertreter der Kommandantur, der Vertreter des hiesigen Arbeiterverbandes und der Hauptmann Hedat vom Artilleriedepot teilnahmen. Nach dreistündigem Verhandeln wurde nun folgende Vereinbarung zustande gebracht:

„Lohn Erlass des Kriegsministeriums Nr. 18/5. 19 V 1 2 vom 20. 5. 19 unter Aufhebung sämtlicher bisher erlassenen Verfügungen und Bestimmungen wird mit Wirkung vom 20. 6. 19 ab für die im Bereich der Postverwaltung, beschäftigten Arbeiter und Angestellten beiderlei Geschlechts folgende Lohnabelle festgesetzt:

A) Arbeiter. 1. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 46 1/2 Stunden ausschließlich Pausen. In den einzelnen Betrieben setzt die Dienststelle nach Berechnung mit den Arbeiterauschüssen unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse die Arbeitszeit fest. Diese soll täglich 8 Stunden, an Sonnabenden und Tagen vor den hohen Feiertagen im allgemeinen 6 1/2 Stunden betragen. Feiertage innerhalb der Woche, an welchen nicht gearbeitet wird, werden nicht bezahlt. 2. Die Entschädigung für geleistete Arbeit wird stundenweise festgesetzt. 3. An Stundenlöhnen werden bezahlt: a) männliche Arbeiter: Angelehrte bis zu 16 Jahren 0,80 Mk., über 16 bis 18 Jahre 1,20 Mk., über 18 Jahre 1,60 Mk., Angelernte über 16 bis 18 Jahre 1,30 Mk., über 18 Jahre 1,70 Mk., Gelehrte Handwerker über 16 bis 18 Jahre 1,40 Mk., über 18 Jahre 1,80 Mk. b) weibliche Arbeiter: Angelehrte über 16 bis 18 Jahre 0,90 Mk., über 18 Jahre 1,20 Mk., Angelernte über 16 bis 18 Jahre 1,00 Mk., über 18 Jahre 1,30 Mk., Gelehrte Handwerker über 16 bis 18 Jahre 1,10 Mk., über 18 Jahre 1,40 Mk. — Als Handwerker ist anzusehen, wer eine Lehrgang von mindestens 3 Jahren durchgemacht hat, ein Zeugnis besitzt und seiner Ausbildung entsprechend beschäftigt wird. Angelernte Arbeiter ist, wer dauernd eine handwerksmäßige Tätigkeit nach einer gewissen handwerksmäßigen Vorbildung ausübt. In Zweifelsfragen hierwegen entscheidet die betreffende Dienststelle mit den Arbeiterauschüssen. 4. Alle bisher neben den Löhnen gewährten Zulagen, wie Feuerungszulagen, Gesundheitszulagen, Familienbeihilfen, Kindergeld, Wegeentschädigung usw. fallen fort. 5. Die bisher gewährten Dienstalters- und Vorkarrierenzulagen fallen weg. An deren Stelle treten an Lohnzulagen, die betragen für die Stunde: für alle Zeitdauerarbeiter nach 2 Dienstjahren 3 Pf., nach 4 Dienstjahren 5 Pf., nach 6 Dienstjahren 7 Pf., nach 8 Dienstjahren 8 Pf., nach 10 Dienstjahren 9 Pf., nach 12 Dienstjahren 10 Pf., nach 14 Dienstjahren 12 Pf. Für alle Zeit-

mal: „Nürnberger Land geht durch alle Land!“ Und wenn auch die Handwerker von den adligen Strauchrittern oft aufgelauret und überfallen wurden, sie setzten sich doch energisch zur Wehr und schickten die Raubritter mit blutigen Köpfen heim. Heute vertreten die Schleichhändler und Bucherer die Stelle dieser Schwarzer. Leider haben wir noch immer kein Mittel gefunden, uns von dieser Sippenschaft zu befreien.

Das heutige Nürnberg ist eine moderne Industrie- und Handelsstadt. Von 50 Vertretern der Bürgerschaft sind 32 Sozialisten! Die Arbeitslosigkeit hat hier nicht so gewaltige Dimensionen und es verbleibt uns ein Trost aus Nürnbergs Geschichte auch für die Jetztzeit: Dem Niedergang eines Volkes in Wirtschaft, Handel und Industrie folgt wieder ein Aufstieg! Möge dieser Aufstieg durch die tätige Mitarbeit der Gewerkschaften beschleunigt werden!

Die herrlichen Klänge aus Wagners Tannhäuser-Ouvertüre klingen noch einmal die mittelalterliche Zeit im Geist erstehen, mehr noch kommt das in dem herrlichen Tonwerk Richard Wagners, den Meisterfingern, zum Ausdruck. Von der würdigen ersten Empfangsfeste geht's rechtzeitig heim, denn um 10 Uhr ist's zu Ende in allen Lokalen Nürnbergs, die Unsitte unbegrenzter „Bummelfreiheit“ wie in Berlin besteht hier zum Glück (infolge Kohlenmangels) nicht. Da kann sich jeder Delegierte richtig ausschlafen, und es gibt viele unter den Gewerkschaftsangehörigen bei uns und in allen andern Organisationen, die ihre Nürnberger Tage förmlich als Ferienholung empfinden, unbeschadet der ersten und wichtigsten Tagesarbeit. Denn die Hejagd in Verbindung mit dem schier endlosen Arbeitstag, die Vertretungsschwierigkeiten und das Nahrungsmittelend machen den Beruf des Gewerkschaftsangehörigen heutzutage nicht gerade zu einem

begehrten oder auch nur angenehmen. Das darf unter dem Strich auch einmal mit allem Nachdruck betont werden.

Nun aber, liebe Leserin, Dir noch am Schluß ein paar Zeilen. Du bist ja fast „ausgeschlossen“ von dieser Tagung! Ganze 6 Delegierten sind anwesend. Auch unser Verband hätte wohl bei reichlich 40 000 weiblichen Mitgliedern mindestens eine Delegierte stellen müssen. Aber so ist der brave Mann, er denkt an sich selbst zuerst! Da kann ich nur Selbsthilfe empfehlen. Es ist Ehrensache, daß zu unserm Verbandstag auch eine Anzahl weiblicher Delegierter erscheinen. Also: Seid rührig! Laßt Euch die Zurücksetzung fürder nicht gefallen! In diesem Sinne möchte ich gern den „Heher“ spielen und Euch ein wenig antreiben zur kategorischen Forderung: „Wir verlangen unsere prozentuale Vertretung!“ Gewiß wird es Euch hier in Nürnberg recht gut gefallen, und es gibt in den Läden der Königsstraße noch so manches Schmuckstück, das gern am holden Busen einer Kollegin prangte. Bei mir langt's nicht einmal für die teure Gattin, und bei den andern Delegierten wird's ähnlich sein. Darum und besonders aus andern idealen Gründen seht zu, daß Ihr die Tore Nürnbergs in der Septemberwoche durchschreit als Vertreterinnen des schönen Geschlechts, das nicht länger in Abhängigkeit von uns schwarzen Männerleuten gehalten werden darf!

Nun aber ruft die Glocke zur Abstimmung. Das darf selbst der schreibwütigste Redakteur nicht verpassen, darum, liebe Leser und liebe Nürnberger: Auf Wiedersehen bei der Verbandstagung!

Ebi, hier gen. „Spartakus“.

lohnarbeiterinnen nach 2 Dienstjahren 3 Pf., nach 4 Dienstjahren 4 Pf., nach 6 Dienstjahren 5 Pf., nach 8 Dienstjahren 6 Pf., nach 10 Dienstjahren 7 Pf., nach 12 Dienstjahren 8 Pf., nach 14 Dienstjahren 9 Pf. b) Vorarbeiterzulagen, die betragen für Vorarbeiter, Aufseher, Vorarbeiterinnen und Aufseherinnen 10 Proz. Zuschlag zu ihrem Stundenlohn. — Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken. Geleistete Ueberstunden sind mit 20 Proz. und überplanmäßige Nacht- und Sonntagsarbeit mit 40 Proz. Zuschlag zum Stundenlohn zu vergüten. Hier werden die ersten 10 Minuten überhaupt nicht, die Zeit über 10 Minuten als je 10 Minuten gerechnet. Als überplanmäßige Nacharbeit gilt nur die, die nur gelegentlich aus Hilfsweise verrichtet wird, im übrigen zur regelmäßigen, d. h. der Nacharbeit, die der Arbeiter dauernd und ausschließlich leistet. Uner Ueberstundenarbeit ist die über die auf 4 1/2 Stunden festgesetzte wirkliche Wochenarbeit hinaus geleistete Arbeit und unter Nacharbeit die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens zu verstehen.

B) **Vertragsliche Angestellte.** 1. Vertraglich angestellten sind grundsätzlich nur solche Personen, die dem Dienst eines Beamten (Ober- oder Unterbeamten) versehen, oder mit Bureauarbeiten beschäftigt werden. 2. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 46 1/2 Stunden und wird in gleicher Weise von den Dienststellen unter Hinzuziehung der Angestelltenausschüsse geregelt wie unter Ziffer 1 für Arbeiter. Soweit Sonntagsarbeit in Frage kommt, ist diese derart zu regeln, daß den hierfür in Frage kommenden an anderen Arbeitstagen ein Ausgleich geboten ist. 3. Die Entschädigung erfolgt in Monatsraten, neben welchen irgendwelche Feuerungszulagen sowie andere Zulagen nicht gewährt werden. 4. Ueberstundenarbeit ist auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken; soweit sie dennoch notwendig ist, erfolgt keine besondere Vergütung, da sie im Monatsgehalt mit eingerechnet ist. 5. Die Kündigung ist durchgängig auf 14 Tage, und zwar spätestens am 15. zum Schluss des Monats.

Gehaltstabelle. 1. Gruppe I. Bureaukräfte, die den Dienst eines Sachbeamten versehen, z. B. selbständige Buchhalter, Korrespondenten, Registraturvorsteher, Disponenten, Lager- und Werkstättenaufseher, und gleichwertige Kräfte pro Monat männlich 375,00 M., weiblich 325,00 M. 2. Gruppe III., soweit sie nicht unter Gruppe 1, 2 und 4 fallen, z. B. Registraturhilfsarbeiter, Assistenten, Schenotspizzen, Telephonisten, Telegraphisten, Tagebuchführer, Rechner, Zeichner, Dolmetscher und gleichwertige Kräfte pro Monat männlich 325,00 M., weiblich 280,00 M. 3. Gruppe IV., Bureaupersonal, das mit mechanischen Arbeiten beschäftigt wird, pro Monat männlich 280,00 M., weiblich 240,00 M. 4. Gruppe V. Jugendliches Bureaupersonal bis zu 18 Jahren pro Monat männlich 180,00 M., weiblich 150,00 M. 6. Die einzelnen Dienststellen haben im Einvernehmen mit dem Angestelltenausschuß die Einreichung in die einzelnen Gruppen zu veranlassen, wobei lediglich die augenblickliche dienstliche Tätigkeit und Leistung, nicht aber die frühere Stellung oder Vorbildung maßgebend ist.

C. **Allgemeines.** 1. Bei Neueinstellungen und Entlassungen bleiben die Verordnungen vom 4. 1. und 24. 1. 19 (Reichsgesetzblatt Seite 8 und Seite 100) in Geltung. Arbeiter und Angestellte, welche in Arbeiterämtern und Angestelltenämtern tätig sind, sind hierfür wie folgt zu entschädigen: a) durch eine angemessene persönliche Entschädigung, als welche im allgemeinen der entgangene Arbeitsverdienst gilt; b) durch eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der wirklich entstandenen Kosten unter Verbringung von Belegen bis zur täglichen Höchstgrenze von 5 M., sofern über keine notwendige Ausgaben Belege nicht beigebracht werden können, genügt die schriftliche pflichtgemäße Versicherung, daß diese Ausgaben wirklich entstanden und dienstlich notwendig waren. Ueberschreitet der Aufwand im Einzelfalle, z. B. bei Tätigkeit außerhalb des Standorts, die tägliche Höchstgrenze von 5 M., so findet die Festsetzung von der Behörde im Einvernehmen mit dem Arbeiterrat statt. c) durch Erlass der baren Auslagen, Eisenbahnfahrkosten usw. 2. Die gegenwärtige Lohn- und Gehaltstabelle ist in gegenwärtigen Einvernehmen eine Neuregelung erfahren, sobald sich die Verhältnisse durch Einsetzen der Lebensmittel- usw. Preise derart umgestalten, daß eine Nachprüfung erforderlich erscheint. Die alsdann notwendig werdende Neuregelung hat unter Berücksichtigung der vom Kriegsministerium im Erlass vom 20. 5. 19 angeordneten Maßnahmen im Verein mit den in Frage kommenden Körperschaften, Angestellten- und Arbeiterausschüssen zu erfolgen. Die neuen Lohn- und Gehaltstabellen sind alsdann dem Kriegsministerium (Reichsgewaltverlei) zur Genehmigung vorzulegen.

• **Notizen für Gasarbeiter** •

Lohnforderungen der Berliner Wasserarbeiter. Der Vorwärts schreibt: Eine Versammlung aller in den Grevs Berliner Gasanstalten beschäftigten Arbeiter nahm am Sonntagvormittag zunächst Stellung zur Bildung einer besonderen Sektionsleitung. Höfner betonte hierzu, daß es ratsam sei, alle Sektionen zu einer zu verschmelzen, um so der vorhandenen Zerissenheit ein Ende zu

machen. In der Diskussion kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Verschiedene Redner wendeten sich gegen die Ausführungen Höfners. Gerade die jetzt sich als Sektentruppe einstellenden Kollegen seien früher gar nicht organisiert gewesen, jetzt versuchten diese, einen Keil in den Verband zu treiben. Die Sektionsbildung sei berechtigt, doch müsse sie innerhalb des Verbandes erfolgen. — Schulz (Kreisverwaltung) betont, daß eine Sektion schon seit 20 Jahren bestehe. Die Kollegen sollten sich erst einmal untereinander einig werden. Die Kreisverwaltung werde kaum etwas gegen die Wahl einer besonderen Sektionsleitung einzuwenden haben. Ein Redner forderte die Gründung einer selbständigen Organisation der Gasarbeiter auf syndikalistischer Grundlage. Die Bildung einer Sektion wurde hierauf beschlossen. Ein Antrag Rainz, die Sektionsleitung aus 7 Personen und die Branchenkommission aus je einem Vertreter der Arbeiter und der Handwerker der in Frage kommenden Betriebe aufzumensetzen, fand Annahme. Als Sektionsleiter wurden Gehner und Wöhneke, als Schriftführer Schönfeldt gewählt. Die übrigen Posten sollen durch die Kommission besetzt werden.

Schulz berichtete alsdann über die Arbeit der Tarifkommission. Redner wendete sich gegen die

Sonderbestrebungen der Neudöllner Kolleger.

Die von einzelnen Sektionen beantragte einmalige Wirtsaftsbeihilfe von 500 Mark könne die Tarifkommission nicht empfehlen. Auch den Einheitslohn könne er nicht befürworten, da ein Schwerarbeiter oder ein Familienvater entsprechend höheren Lohn bekommen müsse. Die Tarifkommission schlägt folgende Stundenlöhne vor:

| Männliche Arbeitskräfte: | Stundenlohn |
|---|-------------|
| 1. Arbeiter | 2,80 M. |
| 2. Angelernte Arbeiter, Schwerarbeiter | 2,00 " |
| 3. Handwerker | 3,— " |
| 4. Schichtarbeiter der Gasanstalten (Sechsstundenschicht) | 3,50 " |
| 5. Vorarbeiter (10 Pf. mehr als der bezahlte Arbeiter der ihm unterstellten Arbeitergruppe) | |
| 6. Jugendliche 14—18 Jahre | 1,50 " |
| Jugendliche 16—18 Jahre | 2,— " |

Weibliche Arbeitskräfte:

| | |
|--|--------|
| 7. Soweit Frauen in Stellen von Arbeitern beschäftigt werden und dieselbe Arbeit leisten, ist ihnen der Lohn wie für Männer festgesetzt zu zahlen. | |
| 8. Arbeiterinnen | 2,— " |
| 9. Angelernte Arbeiterinnen, Schwerarbeiterinnen | 2,10 " |
| 10. Berufsmäßig ausgebildete | 2,20 " |
| 11. Vorarbeiterinnen wie Vorarbeiter. | |
| 12. Jugendliche 14—18 Jahre | 1,25 " |
| Jugendliche 16—18 Jahre | 1,75 " |

Es dürfte schon schwer sein, diese Forderungen durchzusetzen, da die Löhne in den städtischen Betrieben bereits höher seien als in der Privatindustrie. Nachdem ein weiterer Redner eine Erhöhung der Forderungen verlangt hatte, wurde ein Antrag, der für Arbeiter 3,25 M., für Handwerker 3,50 M. und für Schichtarbeiter, die 6 Stunden arbeiten, den gleichen Lohn wie für 8 Stunden verlangt, angenommen. Ein Antrag, der 1200 M. Entschuldigungssumme fordert, wurde der Branchenkommission überwiesen.

• **Aus unserer Bewegung** •

Darmstadt. Die außerordentliche Mitgliederversammlung am 28. Juni war stark besucht. Kollege Klöck weist mit, daß 28 Mann von der Technischen Hochschule den Beitritt erklärt haben. Kollege Klöck wurde als erster, Kollege Wedel als zweiter Vorsitzender der Filiale gewählt. Hierauf wurde zur Wahl eines Ortsbeamten geschritten. Kollege Klöck berichtete über die Vertrauensmännerprüfung, die einstimmig unter den Rednerbüchern den Kollegen Knaus-Lissenbach hervorragend und denselben heute den Mitgliedsbüchern zur Annahme empfahl. Nach längerer Debatte erfolgte einstimmige Wahl des Kollegen Knaus zum Ortsbeamten. Zu Punkt 4: Forderung einer Feuerungszulage lag ein Beschlüß der Vertrauensleute vor, der eine tägliche Feuerungszulage von 3 M. fordert. Dem wurde nach längerer Debatte zugestimmt mit der Maßgabe, daß Feuerungszulage vom 1. Juni bis 1. September d. J. gezahlt werde. Alsdann sei zu hoffen, daß eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise eingetreten sei.

Freiburg i. B. In der Mitgliederversammlung am 26. Juni gedachte der Vorsitzende des Kollegen Adolf Riedling, der sich im Retortenhaus bedarftig schwere Brandwunden zugezogen hatte, daß er nach drei Tagen im Krankenhaus verstarb. Kollege Würtler referierte hierauf über die Beiragsverbänderung. Die Diskussionredner sprachen sich fast alle gegen eine Beitragsverbänderung aus. Die Abstimmung ergab aber 117 für, 26 Stimmen gegen eine Beitragsverbänderung. Als Delegierte zur Konferenz wurden die Kollegen Gagemeyer, Gärtner und Holzmann gewählt. Einige Kollegen ermahnten darauf hinzuwirken, daß mehr Lebens-

mittel ausgegeben und die Preise dafür herabgesetzt werden, weil die jetzigen Löhne nicht ausreichend seien.

Münchster. Am 23. Juni referierte Kollege Reude über „Einheitsorganisation und Arbeitsgemeinschaft.“ Es wurden 26 Mitglieder für unseren Verband gewonnen. Kollege Reude wurde beauftragt, den neuen Tarif beim Amt einzureichen und auch die Forderungen der Schuldner zu stellen. Die Mitgliederversammlungen finden regelmäßig bei Kofen, Schottländerweg, statt. In der Diskussion wurde angeregt, für den weiteren Ausbau des Verbandes zu sorgen.

Neufölln. Wir entnehmen dem „Vorwärts“ folgenden Bericht: Die hiesigen Arbeiter und Bureauangestellten Reallohn nahmen in einer Versammlung in Miems festliche Stellung zu dem bisherigen Gang der Verhandlungen mit dem Magistrat. In soweit die Forderungen der hiesigen Arbeiter in Frage kamen, feierten die Versammelten das an den Magistrat gerichtete Ultimatum, bis zum 5. Juli den Sondertarif zu bewilligen, außer Kraft und erklärten sich bereit, die Tarifverhandlungen mit Groß Berlin abzuwarten. Sollten dieselben nicht innerhalb einer Woche ein befriedigendes Resultat zeitigen, so müssten die Arbeiter auf besondere Erfüllung ihrer Forderungen durch den Neuföllner Magistrat dringen. Die Bureauangestellten wollen mit denen Verknüpfung gleichgestellt sein. Die Versammlung löste sich, nach ebe bestimmte Beschlüsse über das weitere Vorgehen gefasst werden konnten, in allgemeinem Tumult auf.

Firna. In der gutbesuchten Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter am 30. Juni gab Kollege Richter Bericht vom Vortage. Kollege Manneke brachte dann einen Antrag ein, die 48 stündige Arbeitswoche im Schichtwechsel durchzuführen. Zur Frage des Einheitstarifs wurde folgende Resolution beschlossen: „Die heute im Volkshaus Firna tagende Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes. Ailiale Firna, protestiert scharf gegen den neugegründeten Einheitsstarif und lehnt diesen ab.“ Von allen Seiten wurde erklärt, die Firnaer Kollegen sind nicht gewillt, sich an diesen Einheitsstarif zu fesseln. Die Lohnverhältnisse müssen örtlicher Vereinbarung überlassen bleiben.

Thorn. In unserer gutbesuchten Monatsversammlung am 1. Juli sprach Kollege Kummer-Tanzig über Tarifverträge. Am Schluß seiner Ausführungen ermahnte er die Kollegen, fest am Verbands zu halten, was auch kommen mag. Den Nutzen am Zusammenhalten zieht nur die Kollegenschaft. In der weiteren Tagesordnung über Kündigung und Entlassung der Staatsarbeiter ist folgender Antrag gestellt und einstimmig angenommen worden: „Die in den hiesigen Staatsbetrieben Beschäftigten beantragen, die erfolgigen Kündigungen zurückzunehmen und verlangen, daß die Kündigung erst bei erfolgter Entlassung unter Fortzahlung des Lohnes auf weitere 6 Wochen vorzunehmen sind.“ Im Besonderen wird von der Regierung verlangt, daß sie sich der Arbeiterlichkeit dadurch annimmt, daß sie beim Verlangen einer weiteren Beschäftigung außerhalb von Thorn die Arbeiter einer anderen Behörde in nächstgelegenen Gebiet überweist. Der Verbands ermahnt die Kollegen die „Freie Presse“ zu halten, da jetzt alle Bekanntmachungen von der Direktion nur in dieser Zeitung bekanntgemacht werden.

Rundschau

Der Idealismus des Gewerkschaftskampfs. Wir kämpfen unseren gewerkschaftlichen Kampf für eine Besserung unseres wirtschaftlichen Loses, für eine durchgreifende soziale Hebung unseres Volkes. Das hängt von dem uneingeschränkten Leben nüttern und materiell und hat aller seelischen Werte. Ihnen scheint nichts als Egoismus hinter unserer gewerkschaftlichen Idee zu stehen, so wie nichts als plumbe Selbstsucht die Verbände zusammenschält, die das Unternehmertum zur Wahrung seiner Interessen geschlossen hat. Und doch, eine einzige Frage läßt unsere ganze Bewegung erscheinen in ihrem ganzen reinen Idealismus: würde auch nur ein einziges Glied unseres Verbandes sein Ziel durchziehen wollen durch Unterdrückung der Arbeitsbrüder in den anderen gewerkschaftlichen Verbänden? Niemals! Das Unternehmertum allerdings geht fast darüber hinweg über das Lebensrecht so vieler ungezählter Tausende. Nicht wir. Während die nackte Gier jene bewegt, ist es der Idealismus, der uns erfüllt. Wir wollen unser Recht, unser natürliches Arbeitsrecht in seiner ganzen sozialen Fülle. Nicht mehr, doch auch nicht weniger. Und wir sind glücklich, wenn auch die kämpfenden Streiter der anderen Verbände vorwärts kommen zum Ziele ihres Sehens hin. Alle sollen glücklich sein, alle Menschen, und wenn wir kämpfen für das Glück unserer Gruppen, dann wollen wir dadurch nimmermehr die Unterdrückung der anderen, sondern nichts als unser natürliches Stück des großen Gemeinschaftsglücks. Wir erstreben für uns dieses Glück wie alle anderen Organisationen für sie selber, damit die Gemeinschaft einig werde eine Einheit, in der alle glücklich sind. Wenn ein Kampf, dann ist der unsere voll der rechten Welt und davon ist jeder, der sittliches Fühlen und freies Persönlichkeitssehen in seiner Brust trägt, bei uns glücklich.

Eingegangene Schriften und Bücher

„Die Kosogarde“. Unter diesem Titel ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin eine Broschüre erschienen, welche die Entstehungsgeschichte und die Aufgabe der Freiwilligentruppe als notwendig nachweist. Preis 35 Pf.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 14. Nummer des 36. Jahrgangs erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge: W i l d e r: Sieger und Besiegte. — Im Taumel. — Der Vater Aheln wird wild. — Im Austausch. — Deutsche Kriegergräber bei Dobrowitschi in Rußland. — Der Herr Oberkellner. — Der Vorkämpfer. — Das dicke Ende des Weltkrieges. Text: Weltwende. Von H. G. — Zum Versäffer Friedensvertrag. Von Pantraz Wittermaul. — Gassen. Von T. — Hundstagsbescheiden aus Rußland. Von Par. — Von der Wölfe. Von T. — Wieder Jacob! Von Josthilf Raude. — Echte Patrioten. Von Pec. — Sonnenwende. Von A. Hackmann. — Sei lebet noch! Von Par. — Der „Patriot“. Von L. — Schön ist das Vadeleben! Skizzen von Pan. Der Preis der Nummer ist 20 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Drey Koch, G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

„Arbeiter Jugend“. Nr. 13 hat u. a. folgenden Inhalt: Zur Reform des Lehrlingswesens. Von Adolf Domnik. — Wie Peter den Karl aufklärte. Von Rich. Tronke. — Infognito. Von Anton Fschadow. — Der Blutkreislauf des Menschen. Von Georg Wolff. (Mit Abbildungen.) — Der verlorene Ring. Von W. G. — Aus der Jugendbewegung.

Gau Erfurt.

Das Gaubureau befindet sich nunmehr
Preßburger Straße 78.
Der Gauleiter.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|---|--|
| Hermann Bähring, Berlin † 58 Jahre alt. | Arthur Kirsten, Dresden Gärtner † 27. 6. 1919, 44 Jahre alt. |
| K. Bartling, Hannover-Stöcken Friedrichsarbeiter † 26. 6. 1919, 77 Jahre alt. | Wilhelm Causer, Stuttgart Hilfsarbeiter † 19. 6. 1919, 47 Jahre alt. |
| Wilhelm Belerdörfer, Elchwege Kaufmann † 28. 6. 1919, 45 Jahre alt. | Richard Leue, Berlin † 47 Jahre alt. |
| Sebastian Braun, Elchwege Staatsschreiber † 10. 5. 1919, 73 Jahre alt. | Friedrich Maler, Heilbronn Zugbahnarbeiter † im Alter von 75 Jahren. |
| Wilhelm Fechner, Berlin † 23. 6. 1919, 64 Jahre alt. | Robert Mathoff, Dulsburg Bettelsarbeiter † 22. 6. 1919, 70 Jahre alt. |
| Jakob Flichbach, Cöln-Merheim Straßenbahnarbeiter † 15. 6. 1919, 59 Jahre alt. | Friedrich Meding, Berlin † 22. 6. 1919, 58 Jahre alt. |
| Karl Florian, Berlin † 22. 6. 1919, 52 Jahre alt. | Leopold Schulz, Berlin † 25. 6. 1919. |
| Friedrich Bergert, Timenau Arbeiter † 27. 6. 1919, 71 Jahre alt. | Martin Vogel, Regensburg Straßenarbeiter † 23. 6. 1919, 59 Jahre alt. |
| Konrad Hieronymus, Nürnberg Gasarbeiter † 25. 6. 1919, 58 Jahre alt. | Friedrich Weinberg, Berlin † 27. 6. 1919, 59 Jahre alt. |
| Selma Hoffmann, Zittau Waldhau † 25. 6. 1919, 35 Jahre alt. | Karl Zimmermann, Berlin † 21. 6. 1919, 41 Jahre alt. |
| Eduard Ibl, Frankfurt-Riederrad Arbeiter † 23. 6. 1919, 31 Jahre alt. | Matthäus Zwirlein, Schweinfurt Zugbahnarbeiter † 21. 5. 1919, 63 Jahre alt. |



Opfer des Weltkrieges:

Karl Freier, Berlin
am 14. März 1915 im Alter von 38 Jahren gefallen

Adolf Schöppler, Frankfurt a. M.
am 27. Mai 1915 im Alter von 25 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

K 1110: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter (G. H. H. n. n. Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin W. 67, Bismarckstr. 44. Druck: Bornhorts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.